

Zur politischen Lage in Lateinamerika

möchte ich über alles- nur nicht über 20 Minuten reden und dabei folgende Aspekte beleuchten:

1. Die politische und gesellschaftliche Verfassung Lateinamerikas.
2. Den wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas.
3. Die Aussenpolitik Lateinamerikas.
4. Die deutschen Interessen in Lateinamerika.

Leitlinie für unsere Lateinamerikapolitik ist das Lateinamerikakonzept der Bundesregierung von 1995.

Zur Verfassung Lateinamerikas: formal sind alle Staaten mit Ausnahme Kubas heute Demokratien im westlichen Sinne. Nirgends gab es so viele perfekte demokratische und liberale Verfassungen wie auf dem Subkontinent. Die Realitäten aber sind vielschichtiger als es die Verfassungen widerspiegeln.

Die Gesellschaften Lateinamerikas befinden sich in einem Prozess der Modernisierung. Das führt zu einem Nebeneinander von alten Strukturen und einer modernen Dienstleistungsgesellschaft. Sie finden Regierungen, die auf Effizienz und Flexibilität setzen und haben es oft mit Verwaltungen zu tun, die immobil, ineffizient und korrupt sind. Dieses Nebeneinander macht es so leicht, sich über Lateinamerika zu streiten. Einfache Antworten sind heute in Lateinamerika fast immer falsche Antworten.

Wir stellen fest, daß in den letzten fünf Jahren in fast allen lateinamerikanischen Ländern grosse Fortschritte bei der Reform des Staates und der Verwaltung zu beobachten sind. Alle Staaten haben die Achtung der Menschenrechte zu ihrem Programm gemacht, problematisch bleibt hingegen die zunehmende "Privatisierung der Gewalt". Die soziale Lage tut das ihre dazu, Gewalt in der Gesellschaft zu fördern.

Die Militärregime der siebziger und achtziger Jahre sind verschwunden. Ihre Folgen sind aber noch spürbar. In Argentinien ist die Diskussion über die Verschwundenen gerade wieder aufgeflammt - die geradezu obszöne Rechtfertigung des Staatsterrors durch den Kapitän Astiz hat alte Wunden wieder aufbrechen lassen. In vielen Ländern hatten sich die Militärregierungen kurz vor dem Abschied von der Macht noch Amnestien verordnet. Das hat in vielen Fällen erst den inneren Frieden und den Übergang zu zivilen Regierungen möglich gemacht, aber es hat auch eine Aufarbeitung der Zeit der Diktaturen verhindert.

Das Militär in Lateinamerika hat seine neue Rolle akzeptiert, aber oft noch nicht verinnerlicht. Manche Armeen sehen sich nach wie vor als Akteure der Innenpolitik und berufene Interpreten der Verfassung. Andere hängen veralteten Doktrinen nationaler Souveränität an, die Feindbilder pflegt, obwohl die ausgezeichneten politischen Beziehungen zu den Nachbarn dazu keinen Anlass geben.

Insgesamt ist der Übergang zu Demokratie fast überall geglückt und wird sich unter stabilen inneren Verhältnissen auch weiter festigen.

Die gemeinsamen kulturellen Traditionen und die Wertegemeinschaft zwischen unseren Kontinenten erleichtert das gegenseitige Verständnis. Aber die früher eher europäisch geprägte Erziehung der Eliten wird heute zunehmend durch Ausbildung in den USA abgelöst. Wir können die Kenntnis Europas und die Orientierung auf europäische

Traditionen nicht mehr einfach unterstellen, sondern wir stehen ständig vor der Aufgabe, diese Beziehung in jeder Generation wieder neu zu knüpfen.

Es sind vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse, die manchen an der Zukunftsfähigkeit Lateinamerikas zweifeln lassen. Neben grossem Reichtum herrscht bittere Armut, Landbesitz und Industrie sind in wenigen Händen konzentriert. Offene und versteckte Arbeitslosigkeit sind weiterhin sehr hoch. Mangelnde Ausbildung und fehlende berufliche Qualifikation lassen den Produktivitätsfortschritt selbst in modernen Sektoren der Wirtschaft an Grenzen stoßen.

Hinzu kommen neuartige Sicherheitsprobleme: Terroristen und Drogenhändler bedrohen die innere Sicherheit, organisierte Kriminalität und Korruption bis in höchste Kreise hinein destabilisieren die politischen Systeme. Sicherheitskräfte reagieren mit exzessiver Gewalt ohne dass sie das Gewaltmonopol des Staates sicherstellen können.

Seit Chile als erstes Land Erfolge mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erzielte, hat sich der Trend zur Marktwirtschaft in ganz Lateinamerika durchgesetzt. Die Inflation wurde überwunden und die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad gebracht. Mit wenigen Ausnahmen erfüllen heute alle lateinamerikanischen Länder die Maastricht-Kriterien, mit denen wir uns in Europa so schwer tun.

Das Vertrauen in die neue Wirtschaftspolitik hat seinen Preis: Die Geldpolitik kann nicht länger zur Finanzierung staatlicher Defizite dienen - die Folge sind tiefe Einschnitte in die Budgets, auch in soziale Budgets. Der Wechselkurs kann nicht mehr zur Exportförderung mißbraucht werden, also setzen sich die lateinamerikanischen Volkswirtschaften verstärkt dem globalen Wettbewerb aus. Das kostet Arbeitsplätze.

Nach Zahlen der Weltbank leben weiterhin 35% der Lateinamerikaner unter der Armutsgrenze, das sind mehr als 165 Mio. Menschen. Im Jahre 1997 stieg zwar das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerungen Lateinamerikas um 3,6%, während der Bevölkerungszuwachs nur noch 1,5% betrug. Aber zusätzliche Einkommen sind sehr ungleich verteilt. Das meiste bleibt in den grossen Zentren und erreicht die Landbevölkerung nicht. Die Reallöhne in Mexiko und Brasilien liegen weiterhin unter denen von 1990.

Angebotsorientierte Politik braucht langen Atem und wo dieser vorhanden ist zeigen sich auch Erfolge. Chile ist ein Beispiel dafür, dass angebotsorientierte Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen einer Demokratie fähig ist, wie es Präsident Frei formulierte, "die soziale Schuld zu begleichen". In den letzten 15 Jahren hat sich der Anteil der Armen an der Bevölkerung von 40% auf 25% reduziert, wobei die Arbeitslosigkeit vor allem nach Amtsantritt der demokratischen Regierung stark zurückgegangen ist.

Im letzten Jahr hatte Argentinien mit über 8% ein Rekordwachstum zu verzeichnen. Lateinamerika als Ganzes wuchs mit 5,3% stärker als in den letzten 25 Jahren. Die Exporte der Region stiegen noch stärker als die Wirtschaft insgesamt an, noch stärker stiegen die Importe, vor allem von Kapitalgütern. Die Exporte Lateinamerikas konzentrieren sich weiterhin in Sektoren geringer Wertschöpfung wie im Bergbau und Agrarsektor. Die Industriegüterexporte ganz Lateinamerikas machen gerade 2,5% der Weltexporte an Industriegütern aus - genauso viel wie Südkoreas Anteil allein ausmacht.

Sorgen bereitet den lateinamerikanischen Ländern die negative Handelsbilanz und die geringe Sparneigung der Bevölkerung. beides macht die Region anfällig für externe Schocks. Die Auswirkungen der Asienkrise zeigten, dass die Abwehr von Spekulationswellen gegen die Währungen Lateinamerikas sehr kostspielig werden kann. Dennoch ist die Wirtschaft Lateinamerikas heute robuster als bei der Mexikokrise vor drei Jahren .

Der langjährige Trend der Kapitalflucht aus Lateinamerika hat sich umgekehrt. Heute fließen pro Jahr zwischen 40 und 70 Milliarden Dollar nach Lateinamerika. Etwa 30-40% davon sind langfristig gebundene Direktinvestitionen. Allerdings bestehen grosse regionale Unterschiede. 2/3 aller dieser Direktinvestitionen verteilen sich allein auf die vier Länder Brasilien, Mexiko, Argentinien und Chile.

Die Globalisierung erreicht auch Lateinamerika. Als in Thailand und später in Hongkong die Börsen zusammenbrachen, gab es Einbrüche in Sao Paulo und Buenos Aires. Schon geringfügige Vertrauenskrisen können heute massive Geldbewegungen auslösen. Bisher hat Lateinamerika sich gut geschlagen. Aber hier bleibt die wirtschaftliche und damit auch die politische Stabilität der Region verwundbar - und die Investoren wissen das. Wie es ein englischer Bankier einmal ausdrückte: „genieße die Party, aber tanze in der Nähe der Tür“.

Einzelne Staaten können mit nationaler Wirtschaftspolitik nicht mehr die vier Grundelemente der Volkswirtschaft: Stabilität, Wachstum, Beschäftigung und Außenwirtschaft steuern. Nur noch in regionalen Zusammenschlüssen können sie Verhandlungsmacht und Steuerungskapazität entwickeln.

Die lateinamerikanische Lösung heißt "offener Regionalismus". Anders als frühere Integrationsversuche, beruht der Mercosur, dem Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay angehören, nicht auf unverbindlichen Kooperationsversprechen. Er zielt vielmehr auf eine Zollunion und verstärkte Harmonisierung auch der Wirtschaftspolitik ab. Der Mercosur entwickelt eine grosse Anziehungskraft auf andere lateinamerikanische Regionen. Chile und Bolivien wurden bereits assoziiert, ein Freihandelsabkommen mit der Andengemeinschaft wird gegenwärtig ausgehandelt.

Von den USA wurde 1994 das Ziel der Schaffung einer panamerikanischen Freihandelszone (FTAA- Free Trade Area of the Americas oder spanisch ALCA - Area de Libre Comercio de las Américas) verkündet. Diese Bemühungen haben einen schweren Rückschlag erlitten, als der Kongress Präsident Clinton die sogenannte fast-track-Resolution zum Abschluss von Handelsverträgen verweigerte. Dennoch werden die Bemühungen auf der nächsten panamerikanischen Konferenz in Santiago de Chile im kommenden Monat fortgesetzt.

Der Mercosur und insbesondere Brasilien fürchten, dass die FTAA die Integration innerhalb Lateinamerikas stören könnte und zu einer zu starken Abhängigkeit von den USA führen könnte. Brasilien bemüht sich deshalb einen südamerikanischen Block zu schaffen, der gegenüber den USA mit einer Stimme über die FTAA verhandeln kann.

Alles dies betrifft uns Europäer unmittelbar. Eine Abschliessung der FTAA nach aussen würde unseren Handel empfindlich treffen. Die USA erwarten in den nächsten zehn Jahren, dass ihr Handel mit Lateinamerika größer wird als der mit Europa und Japan zusammengekommen. Das zeigt, dass wir mit scharfer Konkurrenz auf dem Subkontinent rechnen müssen. Hier kommt uns das Streben Brasiliens und des Mercosur nach Erhaltung ihrer Handlungsfreiheit und „offenem Regionalismus“ entgegen.

Der Aufbau einer modernen Infrastruktur, der Telekommunikation einschließlich der Mobilfunknetze, die Modernisierung der Verkehrswege und der Energienetze erfordert riesige Investitionen. Lateinamerika setzt dabei auf umfangreiche Privatisierungen. Dabei haben sich europäische und vor allem deutsche Firmen bisher nur unzureichend beteiligt.

Vor allem in Zentralamerika und den Andenländern haben wir es immer noch mit klassischen Entwicklungsländern zu tun. Wir wollen uns aus diesem Feld nicht zurückziehen, wie es die Amerikaner getan haben, nachdem die grossen Konflikte in Zentralamerika vorüber waren. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind heute die grössten Geber von Entwicklungshilfe in Lateinamerika - was vielen Lateinamerikanern gar nicht bewußt ist.

Die Aussenpolitik der Staaten Lateinamerikas ist stark regional orientiert. Im Norden dominieren die USA völlig. Im Süden des Kontinents ist der europäische Einfluss stärker, die Pazifikanrainer schauen aber auch zunehmend über den Pazifik nach Asien.

Als „global player“ versteht sich auf dem Subkontinent allein Brasilien, das einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstrebt. Argentinien versucht im Fahrwasser der USA stärkeres Gewicht zu erlangen, so hat es sich am peacekeeping in Bosnien beteiligt und so unterstützt es die USA im Golf. Die USA honorierten das mit der Erklärung Argentiniens zum „major-non-NATO-ally“, ein schöner Titel, der Argentinien ausser Verärgerung seiner Nachbarn wohl nichts einbringen wird. Mexiko hat es immerhin zum Vollmitglied der OECD gebracht, Argentinien und Brasilien, und wohl auch Chile, sehen sich als Aspiranten auf eine solche Mitgliedschaft. Damit brechen sie mit dem auch vor Ort zeitweise gepflegten „Dritte-Welt-Image“. Kolumbien dagegen hat derzeit den Vorsitz der „Blockfreien“ - man fragt sich: frei von welchen Blöcken ?

Die inneren Konflikte in Lateinamerika sind heute nur mehr von regionaler Bedeutung, seit der Ost-West-Konflikt sie nicht mehr überlagert. Die Bürgerkriege in Zentralamerika haben mit dem Friedensschluss in Guatemala vorerst einen Abschluss gefunden, auch wenn der Frieden noch nicht stabil ist. Heute ist Kolumbien das Land, das am meisten Sorgen bereitet. Zahllose Guerillaorganisationen wie FARC und ELN, sowie Paramilitärs bilden zusammen mit der kriminellen Drogenszene ein gewaltbereites Potential, dass sich in die kolumbianische Tradition der violencia einfügt. Die spektakuläre Geiselnahme in der japanischen Botschaft in Lima hat gezeigt, dass auch Peru noch nicht aus der Gefahrenzone heraus ist. Der Konflikt im mexikanischen Chiapas, wo Revolutionsromantik mit realen ethnischen und Armutskonflikten zusammentrifft, zeigt, dass die Probleme Lateinamerikas auch weiterhin zu Gewaltbereitschaft mit und ohne ideologischem Unterbau führen können.

Auch äußere Konflikte - vor allem aus der Kolonialzeit stammende Grenzkonflikte - sind in Lateinamerika latent vorhanden, auch wenn sie selten offen zum Ausbruch kommen, wie bei den Grenzscharmützeln zwischen Peru und Ecuador 1995. Chile und Argentinien, die noch in den siebziger Jahre wegen des Beagle-Konfliktes in eine Krieg-in-Sicht-Krise gerieten, haben 22 von 23 Grenzstreitigkeiten durch Verhandlungen bereinigt. Bemerkenswert ist auch, dass Argentinien und Brasilien, die beide auf dem Wege in einen nuklearen Wettlauf waren, diesen aufgegeben haben und inzwischen sogar gemeinsame Manöver zu Lande durchführen. Peru und Ecuador verhandeln unter Führung der Garantiemächte des Friedensvertrages von 1942 über eine dauerhafte Lösung. Und ich brauche hier in Buenos Aires nicht an den in der Sache ungelösten Konflikt Argentiniens mit England um die Falkland/Malvinas erinnern - den ich 1982 hier in Buenos Aires in seiner kriegerischen Phase erlebt habe.

Im September 1997 waren 700 Lateinamerikaner an Peacekeeping-Operationen der VN beteiligt, vor allem aus Brasilien, Argentinien und Uruguay. Argentinien leistet mit einem Trainingszentrum für peacekeeping einen weiteren wichtigen Beitrag.

Lateinamerika hat eine gute Tradition auf dem Gebiet der Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Der Vertrag von Tlatelolco, wo auf Nuklearwaffen verzichtet wird, ist dabei besonders hervorzuheben. Inzwischen hat Brasilien angekündigt, dem NVV beizutreten.

In den letzten Jahren gab es Besorgnisse über ein mögliches Wettrüsten in Lateinamerika. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass keine Region im Durchschnitt so geringe Rüstungsausgaben hat wie Lateinamerika. Die Beschaffung von MIG-29-Flugzeugen aus Belarus für Peru, von KFIR-Flugzeugen für Ecuador, vor allem aber das ehrgeizige und durch keine politischen Ziele zu begründende Modernisierungsprogramm der chilenischen Armee hat die jeweiligen Nachbarländer beunruhigt.

Vertrauensbildung unter den Militärs Lateinamerikas hat heute unter vergleichsweise konfliktarmen Bedingungen eine gute Chance. So wie es unter lateinamerikanischen Politikern längst zur Tradition geworden ist, sollten sich auch die Militärs regelmässig treffen. Die gegenseitige Kenntnis ist für unsere Maßstäbe zum Teil erstaunlich gering, Feindbilder bedrückend verfestigt. Interessant ist der Vorschlag Boliviens für ein Konfliktverhütungszentrum als Ort des Dialogs. Die Europäische Union hat durch drei von IRELA durchgeführte Veranstaltungen über vertrauensbildende Maßnahmen einen wichtigen Denkanstoss gegeben. Ich habe die IRELA-Basisdokumente dazu mitgebracht.

Die regionalen Zusammenschlüsse bekommen zunehmend auch politische Bedeutung. Dabei stehen sich immer wieder die beiden Paradigmen Panamerikanismus und Lateinamerikanismus gegenüber. Die OAS ist heute die Organisation, die trotz Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas, für ganz Nord- und Südamerika spricht. Deutschland ist ebenso wie einige andere Europäer Beobachter bei der OAS in Washington. Ursprünglich war die OAS eng mit dem Rio-Pakt von 1947 verbunden, spanisch TIAR (Tratado Interamericano de asistencia reciproca). Ich wage die Behauptung, dass der TIAR mit dem Falkland/Malvinas-Konflikt 1982 sanft entschlafen ist. Die weiterhin von den USA dominierte Sicherheitspolitik auf dem Subkontinent beruht heute mehr auf differenzierten bilateralen Abkommen als auf kollektiver Verteidigung. Interamerikanische Institutionen sind vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung und der Militärdoktrinen weiterhin von Gewicht.

Unter den lateinamerikanischen politischen Mechanismen ist die Rio-Gruppe heute das wichtigste politische Forum der Staaten Lateinamerikas ist. Daran nehmen alle größeren Länder der Region teil. Die Karibik und Zentralamerika sind dort durch Sprecher vertreten.

Ein besonderes Problem bleibt Kuba. Der Wandel in Kuba wird früher oder später kommen, aber wir haben Anlass zu der Befürchtung, dass der Übergang nicht ohne Konvulsionen vor sich gehen wird.

Als die Sowjetunion zusammenbrach trat offen zutage, dass das kubanische System einschließlich seiner sozialen Errungenschaften nur am Tropf sowjetischer Subventionen lebensfähig war. Auf etwa 9 Mio. US\$ täglich schätzte man die Zahlungen der UdSSR für ihren Flugzeugträger in der Karibik.

Sein Glaube an den Endsieg des Sozialismus und die Furcht vor dem Schicksal Gorbatschows oder der nicaraguanischen Sandinisten hindern Castro daran, wirklich entscheidende Reformschritte zu wagen. Mit dem wenigen, was bisher geschieht, ist kein Durchbruch zu erwarten. Der kürzliche Besuch des Papstes hat Hoffnungen auf gewisse Öffnung geweckt. Ich halte das für Wunschdenken - der Charakter des Regimes ist auf Machterhalt gerichtet und wenn der Papst die Freilassung von Gefangenen erreicht hat, dann weil er Castro überzeugen konnte, dass sein Regime dadurch nicht gefährdet wird.

Die Entwicklung in Kuba wird durch die Politik der Exilkubaner und die dadurch stark beeinflusste amerikanische Politik nicht einfacher. Durch eine sich noch verschärfende Sanktionspolitik wird ein allmählicher Übergang in Kuba fast unmöglich gemacht.

Deutsche und europäische Politik gegenüber Kuba stimmt mit den USA in dem Ziel der Demokratisierung des Inselstaates überein. Den amerikanischen Weg halten wir für eher kontraproduzent. Wir setzen auf die Notwendigkeit eines geregelten Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft. Völlig inakzeptabel ist für uns die Angewohnheit amerikanischer Senatoren, ihre Gesetzgebung gleich auf die ganze Welt zu erstrecken. Das Helms-Burton-Gesetz hat dem gemeinsamen Ziel, auf einen Wandel in Kuba hinzuwirken, eher geschadet als genützt.

Die deutsche Aussenpolitik, die eingebettet ist in die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, kann an traditionell enge und gute Beziehungen

Deutschlands zu Lateinamerika anknüpfen. Deutschlands hat in Lateinamerika einen guten Namen. Diversifizierung und offener Regionalismus sind zwei Themen, die uns mit Lateinamerika verbinden. Lateinamerika hat ein Interesse daran, seine Handlungsfähigkeit durch Offenhalten der europäischen Option zu erhalten. Europa ist der natürliche Partner Lateinamerikas, wenn es Alternativen zur Diversifizierung der Außenpolitik sucht.

Dabei sollten wir uns keine Illusionen hingeben. Die Sicherheitspolitik in der Region können nur die USA mit dem nötigen Gewicht gestalten. An den Grenzkonflikten in Lateinamerika haben wir keine eigenen Interessen. Wir halten uns daher mit Äußerungen dazu zurück. Den Konflikt zwischen Ecuador und Peru müssen beide Seiten mit Hilfe der Garantiemächte lösen, wir wollen uns dabei nicht einmischen.

Wir müssen uns vor allem in der Wirtschaft dem Wettbewerb stellen, der auch seitens der USA mit harten Bandagen geführt wird. Hier können wir unsere Stärken ausspielen und dabei auf das Eigeninteresse der Lateinamerikaner setzen, die einseitige Abhängigkeiten verhindern wollen. Brasilien und der Mercosur sind gute Beispiele für eine solche Interessenverbindung.

Wir wollen eine demokratische Entwicklung und Verstärkung der Wertegemeinschaft, die uns helfen kann gegenüber globalen Tendenzen der Aufweichung universeller Grundsätze z.B. im Bereich der Menschenrechte zu bestehen. Wir sind interessiert, dass durch nachhaltige Entwicklung globale Umweltschäden vermindert werden und sozialen Konflikten vorgebeugt wird. Damit können wir auch Tendenzen zu Sozial- und Umweltdumping besser vorbeugen als durch Handelsprotektionismus. Wir wollen, dass organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Terrorismus in Lateinamerika keinen sicheren Hafen finden. Dazu gehört die Kooperation mit lateinamerikanischen Sicherheitskräften und die Beteiligung an Projekten alternativer Entwicklung.

Der Politische Dialog mit Lateinamerika wird durch intensiven Besuchs Austausch auf hoher Ebene gefördert. In den letzten drei Jahren waren die Staatschefs aus Brasilien, Argentinien, Chile, Mexiko, Peru, Bolivien, Ecuador, Honduras und El Salvador in Deutschland, der Besuch des venezolanischen Präsidenten Caldera steht im März bevor. Der Bundespräsident hat Brasilien, Venezuela und Nicaragua besucht. Der Bundeskanzler war in Brasilien, Argentinien und Mexiko, der Außenminister in Mexiko, Peru, Chile und Paraguay. Im Wahljahr 1998 wird sich diese Serie nicht fortsetzen, aber sie zeigt eindrucksvoll, wie eng die Beziehungen zu Lateinamerika heute sind. Auch die Parlamente sind in die Besuchsdiplomatie einbezogen. Hinzu kommen zahllose Besuche von Delegationen aus den Bundesländern, Wirtschaftsdelegationen und Besucher im Rahmen wissenschaftlicher und kultureller Missionen.

Mit dem jährlichen Außenministertreffen der EU mit Zentralamerika, wo auch Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama teilnehmen - dem sogenannten San José-Dialog - hat die EU seit 1984 einen entscheidenden Beitrag zum Frieden in Zentralamerika geleistet.

Der seit 1990 organisierte politische Dialog der Außenminister der EU mit denen der Rio-Gruppe, zuletzt im Februar 1998 in Panama. Hier sind wichtige interregionale Dialogmechanismen entstanden. Allerdings sind auch Ermüdungserscheinungen erkennbar, die die Grenzen einer ständig auf Gipfelhöhen stattfindenden Politik aufzeigen.

Die traditionell freundliche Haltung Deutschland gegenüber ist bei den Militärs eher noch stärker ausgeprägt als in anderen Gruppen. Dabei gibt es auch gelegentlich Mißverständnisse auf Grund antiquierter Vorstellungen, wenn man die Bundeswehr an Preußens Gloria misst, oder wenn deutsche militärische Leistungen im zweiten Weltkrieg hervorgehoben werden, ohne die politischen Bedingungen zu reflektieren, die dahinter standen. Wir sollten daraus den Schluss ziehen, unsere Bundeswehr, die sich auf eigene ansehnliche Leistungen und eigenständige Traditionen berufen kann, stärker in die

politische Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen und dabei vor allem die Modernität und die Rolle des Militärs in der Demokratie herausstellen.

Lateinamerika als Kontinent mit besonders geringen Militärausgaben ist kein wesentlicher Markt für unsere Rüstungsindustrie, auch wenn einzelne bedeutende Aufträge von Interesse sein können. So war es sehr bedauerlich - und aus meiner Sicht geradezu ein Beitrag zur Abrüstung - dass sich die chilenische Marine für das spanisch-französische U-Boot Skorpene entschied, das bisher nur auf dem Reissbrett schwimmt.

Der Bundessicherheitsrat hat im September 1997 die Kriterien für Rüstungsexporte nach Lateinamerika gelockert - übrigens im Einvernehmen mit der Haltung des Auswärtigen Amtes. Allerdings hat er nicht - wie manche Firma meint - die Schleusen geöffnet. Nach wie vor ist die Darlegung vitaler Interessen gefordert, nach wie vor bleibt unsere Rüstungsexportpolitik restriktiv, restriktiver jedenfalls als bei anderen Partnern in Europa. Der Verkauf von Militärausrüstungen soll nicht zu einem Wetttrüsten beitragen und darf das regionale Gleichgewicht nicht stören - schon gar nicht zu Lasten unserer Hauptpartner Argentinien, Brasilien und Mexiko. Interessant ist, dass ausgerechnet die grossen Rüstungsexporteure Frankreich und Grossbritannien vor kurzem eine Initiative zur stärkeren Beschränkung der Rüstungsexporte in die gemeinsame europäische Aussenpolitik eingebracht haben.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind es allerdings nicht in erster Linie die Armeen Lateinamerikas, die uns Sorgen machen. Besonders problematisch sind vielmehr die Exporte von Kleinwaffen, die weitgehend unter das Außenwirtschaftsgesetz - und damit nicht unter Verbotsvorbehalt - fallen und die angesichts unkontrollierter Märkte und verbreitetem Schmuggel in Hände von Kriminellen, Drogenhändlern und Terrororganisationen fallen - gelegentlich auch durch Weiterverkauf seitens der Polizei und des Militärs.

Brasilien, Mexiko und Argentinien sind wichtige Investitionsstandorte der deutschen Industrie zur Erschließung der lateinamerikanischen Märkte. Im Handel mit Lateinamerika stehen wir in harter Konkurrenz zu den USA, Asien und unseren EU-Partnern. Obwohl Lateinamerika etwa 7,5% Anteil am Welthandel hat, werden nur etwa 2,2 % des deutschen Aussenhandels mit dieser Region abgewickelt. Aber gerade die aufstrebenden neuen Märkte geben Hoffnung auf hohe Zuwächse.

1995 schloss die EU mit dem Mercosur - erstmals für die EU - ein Kooperationsabkommen von Region zu Region ab. Auch mit Mexiko und Chile wurden analoge Abkommen abgeschlossen. Dialogmechanismen bestehen auch mit der Andengemeinschaft, der die EU besondere Handelspräferenzen zugunsten der Drogenbekämpfung eingeräumt hat.

Über den wirtschaftlicher Dialog wollen wir auch die Förderung unserer eigenen Aussenwirtschaft voranbringen. Die derzeitige Konjunktur in Deutschland wird allein vom Export hochgehalten, der ca. 1/3 zu unserem BSP beiträgt.

Hier einige Zahlen zum Handel mit Lateinamerika im Jahre 1997  
(Zahlen liegen für JAN-OKT vor):

in Milliarden DM	Deutsche Importe	Deutsche Exporte	Saldo
Lateinamerika	14,0	19,6	5,6
Südamerika	10,9	14,1	3,2
Mexiko und Zentralamerika	2,6	5,0	2,4

Im Rahmen des Lateinamerikakonzeptes ist ein Gesprächskreis Lateinamerika eingerichtet worden, in dem DIHT, BDI, Ibero-Amerika-Verein, BMWi, BMZ und Auswärtiges Amt sich etwa monatlich treffen. Jährlich wird durch eine Lateinamerikakonferenz der deutschen Wirtschaft unter Vorsitz des DIHT-Präsidenten und des Bundeswirtschaftsministers versucht, der Beziehung zwischen Deutschland und Lateinamerika neue Impulse zu geben. Mit Brasilien funktioniert eine sehr dynamische gemischte Kommission, die immer kombiniert mit einem Unternehmertreffen veranstaltet wird.

Zu guter Letzt will ich auch die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika erwähnen: Kein Kontinent hat so viele deutsche Schulen wie Lateinamerika, trotz schmerzlicher Kürzungen ist der Kontinent Schwerpunkt der Arbeit der Goethe-Institute. Kulturelle Aussenpolitik ist langfristige Verständigungspolitik.

Direkte Beziehungen unserer politischen Stiftungen zu Parteien der Region haben manche politische Freundschaft begründet, enge Beziehungen zu Lateinamerika bestehen auch seitens der grossen Kirchen und vieler deutscher Nichtregierungsorganisationen .

Schwach entwickelt ist hingegen die gegenseitige Wahrnehmung in der Presse. Lateinamerika schaut auf den eigenen Nabel und auf die USA, bei uns ist Nabelschau nicht minder verbreitet und der Blick nach aussen wird nur selten nach Lateinamerika gelenkt.

Ein neuer Höhepunkt der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika wird der für 1999 geplante Gipfel der Staats- und Regierungschefs aus beiden Regionen werden. Voraussichtlich findet dieser Gipfel während der deutschen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 in Rio de Janeiro statt, so dass er auch eine Gelegenheit bietet, die Rolle Deutschlands und seiner Lateinamerikapolitik entsprechend sichtbar zu machen.

Dieser Gipfel soll gleichgewichtig politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen behandeln, er wird flankiert von subregionalen Dialogen mit den San-José-Staaten, der Karibik, den Andenländern und vor allem und mit besonderem Gewicht, mit dem Mercosur. Der Vizepräsident der EU-Kommission Marín hofft sogar, bis dahin ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur unterschriftsreif zu verhandeln - ich bin angesichts des harten Widerstandes unserer Agrarpolitiker allerdings noch skeptisch, was den Fahrplan angeht.

Jedenfalls werden wir damit ein Jahr vor dem panamerikanischen "Summit of the Americas", der 2000 stattfinden soll, das Interesse Europas an Lateinamerika und die Verbindung Lateinamerikas zu Europa demonstrieren. Das Signal des Gipfels muss sein: Die Zukunft beider Regionen liegt nicht in Blockbildungen - weder in der westlichen Hemisphäre, noch in einer Festung Europa, sondern in der Zusammenarbeit bei offenen Märkten.

Ich danke Ihnen.